Nr. 23

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

17. September 2010 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Gegen Leiharbeit – anständige Arbeitsplätze für alle !

Ein Gesetz gegen den „Missbrauch von Leiharbeit" hat die CDU-FDP-Regierung auf den Weg gebracht. Doch hinter diesem schönen Namen steht ein Gesetz, dass den „Missbrauch" dadurch beseitigt, indem er ihn legal macht.



Gleiche Bedingungen fordern Arbeiter von VW und der VW-Leiharbeitsfirma bei ihrem gemeinsamen Protest

So sollen Firmen in Zukunft mit gesetzlichem Segen Festangestellte entlassen und sie danach als Leiharbeiter wieder einstellen dürfen – mit der einen winzigen Einschränkung, dass man ihnen zunächst denselben Grundlohn zahlt. Gleichzeitig erlaubt das Gesetz weiterhin die Bezahlung von Leiharbeitern zu Armutslöhnen.

Das Gesetz ist damit in Wahrheit eine weitere Einladung an die Betriebe, die Leiharbeit noch mehr auszuweiten. Es reiht sich ein in die Gesetze der ganzen letzten Jahre. Seit der SPD-Regierung Schröder werden nach und nach ganz bewusst alle gesetzlichen Schranken zur Ausbeutung der Leiharbeiter abgeschafft.

Die Unternehmen nutzen das in vollen Zügen: Die Zahl der Leiharbeiter ist seit den Schröder-Gesetzen sprunghaft angestiegen. Alleine zwischen 2006 und 2008 hat sie sich verdoppelt, auf über 800.000. Fast die Hälfte der beim Arbeitsamt gemeldeten Stellen sind mittlerweile Leiharbeit!

Hinter diesen Zahlen steht das Schicksal von über 800.000 Arbeitenden, die oft zu unverschämt niedrigen Löhnen, unterbrochen von Zeiten der Arbeitslosigkeit und mit ständiger Existenzangst arbeiten gehen. Die immer wieder den Betrieb wechseln müssen, dort oft die schlimmsten Arbeiten, zu schlechten, gesundheitsschädlichen und nicht selten gefährlichen Bedingungen machen.

Zukunft statt Vergangenheit

Am liebsten würden die Unternehmen uns nach und nach alle wieder zu modernen Tagelöhnern zu machen, die man von heute auf morgen heuern und feuern kann, mal für 2 Stunden, mal für 10 Stunden am Tag beschäftigt und bei Krankheit oder Urlaub nicht bezahlt – wie vor 150 Jahren.

Weit über ein Drittel (!) der rund 36 Millionen Beschäftigten arbeitet bereits nicht mehr in festen Vollzeitstellen, sondern in Minijobs, Teilzeit, befristeten Arbeitsplätzen, Leiharbeit...

Ja, gegen diesen „Missbrauch" der Arbeiter vorzugehen, ist dringend nötig. Und da helfen keine moralischen Appelle oder kleinen gesetzlichen Schönheitsoperationen. Es gibt nur einen Weg, ihn zu beenden:
All die Firmen, die Gewinne gemacht haben und machen, dürfen nicht länger Arbeitsplätze vernichten. Mit tiefgreifenden Mobilisierungen der Arbeitenden müssen wir dem und all den anderen Angriffe von Konzernen und Regierung Einhalt gebieten.

Stattdessen müssen wir erzwingen, dass in den großen Betrieben und im öffentlichen Dienst wieder unbefristet und in Vollzeit eingestellt wird, dass die dort vorhandene Arbeit unter allen verteilt wird – und so jeder einen ordentlichen, würdigen und sicheren Arbeitsplatz bekommt.

Mehr zahlen… macht krank!

Still und heimlich hat die Regierung eine massive Verschlechterung durchgeführt: Für 3000 Medikamente, die bislang zuzahlungsfrei waren, müssen wir seit dem 1. September bis zu 10 Euro die Packung bezahlen. Damit hat die Regierung auf einen Schlag über ein Drittel aller zuzahlungsfreien Medikamente abgeschafft, von Antibiotika über Blutdrucktabletten bis zu Rheumamitteln.

Noch mehr Menschen werden so künftig ihre Medikamente nicht mehr kaufen können. Chronisch Kranke und Ältere trifft es besonders hart... während die Kassen der Pharmakonzerne weiter kräftig klingeln

September 1915: die Zimmerwalder Konferenz gegen den Krieg

Es war das erste Treffen von Kriegsgegnern, seit der 1. Weltkrieg ausgebrochen war: Zwischen dem 5. und 8. September 1915 trafen sich eine Handvoll Sozialisten aus mehreren Ländern Europas in dem kleinen Schweizer Dorf Zimmerwald und riefen gemeinsam die Arbeitenden der Welt zur Verbrüderung und zum Kampf gegen den Krieg auf. Damit standen sie ganz alleine.

Um ihren Krieg für Kolonien und Rohstoffe führen zu können, hatte jede Großmacht (Deutschland, Frankreich, England, Russland) eine gigantische nationalistische Kampagne der „Vaterlandsverteidigung" begonnen, die die Arbeiter täuschen und dazu bringen sollte, für die Interessen der Kapitalisten aufs Schlachtfeld zu ziehen.

Unterstützung erhielten sie dabei durch den Verrat fast aller europäischer Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Diese hatten in all den Jahren vorher immer gegen Krieg und für die Solidarität aller Arbeiter gestanden. Nun aber erlagen sie dem nationalistischen Druck und stellten sich hinter ihre kriegführenden Regierungen, Generäle und Waffenhändler.

Doch nicht alle erlagen diesem allgemeinen Kriegsdruck. In Deutschland waren es Sozialisten wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in Russland Revolutionäre wie Lenin und Trotzki, die vom ersten Tag an den sozialistischen Idealen treu blieben – um den Preis der Isolierung, manchmal des Gefängnisses oder Exils.



1917/18: Revolutionen der Arbeiter in Russland und Deutschland beenden den Krieg

Wer zuletzt lacht...

Trotz der schwierigen Bedingungen taten sie alles, um die Beziehungen zwischen den Aktivisten der sich bekriegenden Länder aufrecht zu erhalten. Als sie sich 1915 in Zimmerwald trafen, passten sie nach den Erinnerungen von Trotzki in vier Autos! Doch die einfache Tatsache, dass diese Konferenz überhaupt stattfand, stärkte die isolierten oder eingesperrten Aktivisten und gab ihnen wieder eine Perspektive.

Das dort verabschiedete Zimmerwalder Manifest erinnerte die Arbeiter daran, dass der Sozialismus die einzige Perspektive bot, um aus der Barbarei des Krieges zu entkommen. Und es endete mit den Worten: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwundete und Verkrüppelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, rufen wir zu: Über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg, Proletarier aller Länder vereinigt euch!"

So Wenige die revolutionären Internationalisten auch 1915 waren und so sehr sie auch verfolgt wurden: Ihnen hat die Geschichte Recht gegeben. Ab 1917 brachte der 1. Weltkrieg die bis dahin größte revolutionäre Krise hervor, in der die weltweite Arbeiterklasse den Krieg beendete und im Namen des Sozialismus die Herrschaft der Kapitalisten in Frage stellte.

Opel: Die Botschaft ist angekommen

Der oberste Chef von Opel möchte das Feiern der Jubilare bei Opel wieder einführen. Damit wolle er seine Anerkennung für die langjährigen Mitarbeiter zum Ausdruck bringen und erreichen, „dass die Mitarbeiter die besten Botschafter von Opel sind".
Die Kollegen in Bochum haben dankend abgelehnt. Die „Anerkennung", die 1800 der 5000 Arbeiter derzeit erfahren, reicht ihnen völlig. Die sind nämlich bereits die besten Botschafter von Opel... beim Arbeitsamt!

Bei Arbeitslosen sparen – RWE und E.ON beschenken

Was die Regierung anfangs noch zu vertuschen versuchte, ist mittlerweile offensichtlich geworden: Das geplante Gesetz zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um bis zu 14 Jahre ist ein riesiges Geldgeschenk an die Energiekonzerne. Mehreinnahmen von 60 bis 100 Milliarden Euro spült es in die Kassen der 4 großen Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW.

Großspurig hatten Merkel und Co. angekündigt, dass die Energiekonzerne „einen großen Teil" dieser zusätzlichen Milliarden an den Staat abgeben müssten. Angeblich sollten sie jährlich 2,3 Milliarden Euro durch die neue Brennelementesteuer bezahlen.

Doch das Ganze ist nichts als ein großer Schwindel: Die Konzerne können dieses Geld von der Steuer absetzen, und bekommen so vom Bund und von den Städten einen Teil dieses Geldes wieder zurück. Auch bei teuren Nachrüstungen müssen sie weniger zahlen. Von der Brennelementesteuer bleibt so nicht viel übrig.
In Wahrheit muss die Allgemeinheit sogar draufzahlen. Denn die öffentlichen Kassen tragen die Kosten für die Endlagerung der verbrauchten radioaktiven Brennelemente. Und weil man dafür bislang keine bessere Lösung gefunden hat, ist dies ein Kostenfaktor für viele Jahrzehnte.

Die Brennelementesteuer war Teil des Sparpakets der Bundesregierung. Sie sollte ein großer Teil des angeblichen „Beitrages der Unternehmen" zu dem Sparpaket sein. Von wegen! Während man bei den Arbeitslosen sogar noch den Heizkostenzuschuss streicht, strahlen die Großaktionäre der Energiekonzerne vor Freude über diese neuen Zuschüsse.

Gegen den Generalangriff von Unternehmen und Regierung

Die (fehlende) Antwort der Gewerkschaften

Rekord an Teilzeitjobs, an Befristung, an Leiharbeit. Sinkende Löhne, weniger Leute, wachsender Stress. Ja, in den Betrieben bekommen wir sie bereits knüppeldick zu spüren, die massiven Verschlechterungen, die die Betriebe mit der Krise durchsetzen.

Gleichzeitig vergeht kaum eine Woche, ohne dass auch die Regierung (und die Städte) neue Sparmaßnahmen verkünden: bei den Arbeitslosen, der Gesundheit, den Arbeitsplätzen, den Schulen... Die Folgen dieser Angriffe werden wir erst nach und nach, in den nächsten Jahren spüren – dann aber umso heftiger.

Es ist ein regelrechter Krieg, den die Bosse und die Regierung gemeinsam führen: Ein Krieg mit Offensiven an allen Fronten, gegen die gesamte einfache Bevölkerung, um trotz der Krise ihrer Wirtschaft die Gewinne von Konzernen und Banken sogar noch zu erhöhen!

Ein Herz und eine Seele?

Die Führungen der Gewerkschaften sprechen dennoch nicht einmal von der Notwendigkeit eines ernsthaften Widerstandes GEGEN die Kapitalisten. Im Gegenteil: Sie behaupten weiterhin, dass Arbeiter und Unternehmer in der Krise „gemeinsame Interessen" hätten – und das nach all den Angriffen, die die Bosse seit 2 Jahren im Namen dieser „gemeinsamen Interessen in der Krise" geführt haben!

Und so hat die Gewerkschaftsführung auch bereits klar erklärt, worauf sich ihre Krisenproteste beschränken werden: auf ein paar symbolische Aktionen und eine Samstags-Demonstration gegen das derzeitige Sparpaket der Regierung... im November. Ansonsten wollen sie den Kalender der Tarifverhandlungen einhalten. Und das heißt, dass jede Branche in der Auseinandersetzung um Lohnerhöhungen und Krisenfolgen alleine stehen wird.

Unsere einzige Chance

Es ist wichtig, möglichst zahlreich an den wenigen geplanten Protestaktionen teilzunehmen, um zu zeigen, dass wir Viele sind, die die Angriffe auf die einfache Bevölkerung nicht dauerhaft hinnehmen wollen. Doch dabei muss uns bewusst sein: Wollen wir wirklich diese ständigen Verschlechterungen aufhalten, werden wir irgendwann die Kraft finden müssen, sehr viel weiter zu gehen, ohne und notfalls auch gegen die Führung der Gewerkschaften.

Einzig ein ernsthafter und entschlossener Kampf der Arbeitenden, mit großen, branchenübergreifenden Streiks, kann die Offensive von Unternehmern und Regierung aufhalten. Ein Kampf, der ihnen so viel Angst einjagt, dass sie lieber auf Profite verzichten, statt alles zu riskieren.

Dies scheint heute nur schwer vorstellbar. Doch wir dürfen eines nie vergessen: Wir, die arbeitende Bevölkerung, sind Millionen. Und wir sind es, die die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft am Laufen halten, die alle Reichtümer produzieren. Die Konzernbosse, Manager und Politiker hingegen sind nur einige tausend Parasiten, und auch die hohen Funktionäre der Gewerkschaft sind nicht zahlreicher. Diese Handvoll Leute sind nur stark durch unsere Resignation, unsere Hoffnungslosigkeit.

Und an dem Tag, an dem wir diese Niedergeschlagenheit überwinden, werden wir feststellen, wie stark die Arbeitenden sein können, und dass wir gemeinsam bei weitem die Kraft besitzen, diese Leute in die Knie zu zwingen.

110 Entlassungen… beim Essener Arbeitsamt

110 Beschäftigte der Essener Agentur für Arbeit und des Jobcenters werden Ende des Jahres entlassen. Nicht, dass in Zeiten der Krise und der massiven Arbeitslosigkeit etwa weniger zu tun wäre, im Gegenteil. Doch ihre befristeten Verträge laufen aus, und eine Verlängerung wird es nicht geben.

In der gesamten Öffentlichen Verwaltung in Deutschland werden mittlerweile 68% nur noch mit befristen Verträgen eingestellt. Und ob ihr Vertrag verlängert wird – natürlich wieder nur befristet – ist jedes Mal ein Lotteriespiel.

Proteste bei VW in Braunschweig: Gegen Sparpaket und Leiharbeit – für bessere Löhne und Renten!

Am Ende ihrer Betriebsversammlung zogen am 8. September 1000 Arbeiter des VW-Werks in Braunschweig in die Innenstadt. Mit ihrer Demonstration protestierten sie sowohl gegen die Sparpläne der Regierung, als auch gegen ihren Konzern: Sie forderten gleiche Bedingungen für die Arbeiter der VW-eigenen Leiharbeitsfirma Autovision, vernünftige Altersteilzeit und höhere Löhne.



Sie haben mit den Protesten damit früher begonnen, als die bundesweite Gewerkschaftsführung ursprünglich vorhatte. Deren Terminplan sah nämlich erst für Ende Oktober und November Aktionen in Betrieben vor. Eine solche „Planänderung" kann durchaus öfter geschehen!

Sarrazin: „Arbeiter sind dumm und kriegen zu viel Geld“

Wieder einmal hat es Thilo Sarrazin geschafft, mit seinen widerlichen und rassistischen Aussagen ins Rampenlicht zu gelangen, beschimpft dort unsere türkischen und arabischen Arbeitskollegen und Nachbarn, bezeichnet sie als kriminell, dumm und faul. Seine Hetze gegen Ausländer ist dabei ein Teil der Verachtung, die er bereits seit Jahren gegenüber allen Unterdrückten, allen Armen, Frauen, gegenüber der gesamten Arbeiterklasse provokativ zum Ausdruck bringt.

Es war derselbe Sarrazin, der vor 2 Jahren erklärte, es gäbe kein Armutsproblem. Gegen steigende Heizkosten sollten wir einfach einen Pulli mehr anziehen. Und von 3,76 Euro am Tag könne man sich problemlos und wertvoll ernähren!

Er war es auch, der den Arbeitern letztes Jahr verkündete, sie sollten sich damit abfinden, dass es für sie alle bald nur noch den HartzIV-Satz als gesetzliche Rente gebe. Ein Sarrazin, der als ehemaliger Finanzsenator und Vorstand der Bundesbank eine lebenslange üppige Rente erhält, kann sich damit natürlich leicht abfinden.

Sarrazins (Alp)traum

Überhaupt meint Sarrazin, wir Arbeiter, kleinen Angestellten, Arbeitslosen und Rentner wären selber schuld, wenn wir arm sind... weil wir angeblich „genetisch dumm“ wären. Intelligente Menschen würden sozial aufsteigen, würden Rechtsanwälte, Journalisten, Manager, Unternehmer... oder Politiker, so wie er, Sarrazin.

Wie würde so eine Welt wohl aussehen, in der es nur noch Anwälte, Manager, Politiker und Firmenchefs gäbe? Wie die Steinzeit! Nackte Menschen, die zu Fuß laufen, ohne Strom und fließend Wasser, und die jagen und sammeln gehen müssen, um sich zu ernähren...

Denn es sind die Arbeiter, und unter ihnen die Unterdrücktesten, die Migranten und Frauen, die auf dem Bau, am Fließband, an den Kassen der Supermärkte alles herstellen und unterhalten – auch die Wohnung, das Auto und das Essen eines Sarrazin. Diese „intelligenten“ Herren würden keine Sekunde überleben ohne die Intelligenz der Arbeiter, die Häuser bauen, Züge reparieren und Stromleitungen warten können.

Sarrazin aber geht sogar soweit zu verlangen, die Frauen der Arbeiterklasse sollten gefälligst weniger Kinder „produzieren“... damit Deutschland nicht weiter „verdumme“. Frauen mit Uni-Abschluss dagegen solle der Staat Geld anbieten, damit sie mehr Kinder in die Welt setzen. In den Vorstellungen eines Sarrazin sind Frauen anscheinend Gebärmaschinen, die man nach Belieben an- und abschaltet.

Zusammenhalt ist unsere stärkste Waffe

Aus diesen gesammelten Niederträchtigkeiten eines Sarrazin spricht die tiefsitzende und uralte Verachtung und Selbstherrlichkeit der Reichen, Besitzenden und ihrer politischen Dienerschaft gegenüber allen, die es schwer haben in dieser erbarmungslosen Gesellschaft, gegenüber allen, die kein Kapital und keine hohen Posten besitzen. Jede ihrer Hetzkampagnen gegen einzelne Gruppen der Arbeiterklasse zielt daher in Wahrheit auf uns alle.

Wie weit sie dafür bereit sind zu gehen, zu welchen rassistischen und arbeiterfeindlichen Diktaturen, Elend und auch Krieg dies im schlimmsten Fall führen kann, das haben wir in Deutschland leider bereits erlebt.

Solche Ideen, die die Arbeiter und Armen nach ihrer Herkunft gegeneinander aufhetzen, sind das gefährlichste Gift für die einfache Bevölkerung. Denn Solidarität, Zusammenhalt ist unsere wichtigste Waffe.

Die Arbeitenden sind ungeheuer zahlreich. Und wenn sie zusammenhalten, dann können sie die größten Veränderungen durchsetzen, können sie die einzigen wahren Verursacher der Krise, der Arbeitslosigkeit, Armut und Unsicherheit in die Knie zwingen: die Kapitalisten und ihr gesamtes System.

Beeindruckende Streiks für höhere Löhne!



Fast drei Wochen lang haben seit August in Südafrika 1,3 Millionen Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst gestreikt. Sie haben es geschafft, 7,5 Prozent mehr Lohn und einen Mietzuschuss zu erkämpfen! Und das trotz brutaler Angriffe der Armee mit Wasserwerfern, Gummigeschossen und Panzerfahrzeugen, und trotz einer riesigen Hetzkampagne der Regierung gegen ihren Streik.

Ja, für die Stadien der WM hatte diese Regierung freiwillig 6 Milliarden locker gemacht – aber jetzt ging es schließlich „nur“ um die Löhne von über einer Millionen Arbeitenden, und davon hätten die reichen Bauunternehmer ja nichts…

HRE-Bank frisst weitere 40 Milliarden

Über 100 Milliarden Euro an Krediten und Bürgschaften hat der deutsche Staat bereits für die Verstaatlichung der bankrotten HypoRealEstate-Bank bezahlt. Doch die Bank macht weiter Verluste... und erhält nun weitere gigantische 40 Milliarden an Staatsgarantien!

Ja, während die Gewinne der Banken privat bleiben und steigen, zahlt die Öffentlichkeit noch immer ihre Verluste... mit Sparpaketen bei Arbeitslosen, Medikamenten, Krankenhäusern und Kindergärten!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485